



## Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach AfD**

### **Langzeitstudie zu den psychosozialen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine klinische Langzeitstudie zu den psychosozialen Folgen der Corona-Maßnahmen seit ihrer Einführung in Auftrag zu geben.

Diese Studie soll interdisziplinär mit einem möglichst breiten Spektrum beteiligter Wissenschaftler und Universitäten in Bayern angelegt sein.

Hierzu sind geeignete Universitäten und Forschungsinstitute zu unterstützen. Die Studie sollte vom Freistaat beauftragt und finanziell gefördert werden.

In regelmäßigen Abständen ist dem Landtag ein Bericht über die Ergebnisse vorzulegen.

### **Begründung:**

Mit der Umsetzung der Corona-Maßnahmen der Staatsregierung hat sich das Leben der meisten Kinder und Jugendlichen stark verändert.

Nicht nur die mittlerweile in Schulen und anderswo geltende Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung beeinflusst den Alltag vieler Schüler. Durch die staatlich verordneten Maßnahmen unterscheiden sich mittlerweile die Umstände, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, fundamental von den Bedingungen früherer Generationen. Kinder und Jugendliche können heute aufgrund der Kontakteinschränkungen seltener ihre Großeltern und anderen Verwandten sehen. Auch die Kontakte zu Gleichaltrigen, etwa beim Sport oder beim gemeinsamen Musizieren außerhalb der Schule, werden derzeit vom Staat unterbunden.

Nachdem nun die Ergebnisse erster Studien veröffentlicht werden, die sich mit Teilaspekten, etwa mit den psychosozialen Folgen der Maskenpflicht, beschäftigen, ist es sinnvoll, eine breit angelegte Studie über möglichst viele Fachgebiete hinweg zu beginnen, die mit einer möglichst großen Zahl von Probanden über einen längeren Zeitraum hinweg konzipiert und durchgeführt wird.

Sollte es versäumt werden, eine weit gefasste und langfristig angelegte Studie ins Leben zu rufen, würde eine angemessene Datengrundlage fehlen, um für eine wissenschaftliche Folgenabschätzung der derzeitigen Maßnahmen valide Aussagen treffen zu können.

Da es die Staatsregierung versäumt hat, ihre Entscheidungen zum ersten Lockdown auf einer wissenschaftlichen Grundlage zu treffen, sondern zugibt, sich auf informelle Gespräche beschränkt zu haben, als sie die für die Bürger weitreichenden Beschränkungen verordnete, ist es dringend notwendig, nun wenigstens für die Abschätzung der Folgen der Maßnahmen mit der Wissenschaft zusammenzuarbeiten.